



Protokollauszug zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Donnerstag, 19.10.2023, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Jahresbericht 2023 der Volkshochschule
Ludwigsburg
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

Der Jahresbericht der Volkshochschule Ludwigsburg wird anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, durch die **Leiterin** der Volkshochschule Ludwigsburg vorgestellt. Für den Lehrgang zur sozialpädagogischen Assistenz gebe es eine hohe Nachfrage. Beim bisherigen Kurs habe es bisher noch keine Abbrecher gegeben. Die Teilnehmenden der Deutschkurse kommen in den letzten Wochen verstärkt auch aus der Türkei, ergänzt sie die Präsentation. Mangelnde Räumlichkeiten seien ursächlich für die langen Wartezeiten zu den Deutschkursen.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** hofft auf einen Job- Turbo für Einwandernde. Die Ausbildung zur pädagogischen Assistenz sei der richtige Weg, jedoch nicht ausreichend. Es gebe viele Qualifizierte unter den Einwandernden. Es dauere zu lange, bis ein Zertifikat für absolvierte Deutschkurse ausgestellt werde oder Zeugnisse anerkannt werden. Man müsse vermehrt mit den Unternehmen zusammenarbeiten und sich besser vernetzen. Es werden Fach- und Arbeitskräfte gesucht und die Einwandernde sollen schneller selbst für ihren Unterhalt sorgen. Die Wartezeit für die Integrationskurse müsse sinnvoll überbrückt werden. Sie lobt die gute Arbeit der Volkshochschule Ludwigsburg.

Die Volkshochschule trage zur interkulturellen Verständigung bei, lobt Stadträtin **Dr. Traub**. Sie biete lebensbegleitende Bildung für Alle mit einem vielseitigen Angebot. Viele ältere Menschen werden aktiviert und die mentale Betätigung sei immens wichtig. Die innovativen Wege, wie der Quereinstieg, seien richtig. Sie bedauert die lange Wartezeit auf Integrationskurse aufgrund fehlender Räumlichkeiten und hofft auf Möglichkeiten in Schulen. Sprachkenntnisse seien in allen Jobs wichtig. Durchaus könne auch bereits im Heimatland die deutsche Sprache erlernt werden.

Stadträtin **Moersch** dankt dem Team der Volkshochschule, die eine feste Säule in der Stadt, durch

Bildung für Alle und niederschwellige Angebote, bedeute. Die Integrations- und Sprachkurse nehmen einen großen Raum ein. Die Ausbildung zur sozialpädagogischen Assistenz sei gut organisiert. Man sei nahe dran an den Menschen die willig zur Integration seien. Sprache sei der Schlüssel für Bildung, mache Mut und gebe Sicherheit für die Teilhabe in der Stadtgesellschaft. Sie bittet die Verwaltung um Unterstützung, mögliche Räumlichkeiten zu finden. Sie ist sich sicher, dass es geeignete Möglichkeiten, auch temporär, gebe. Für die Kurse brauche man zu den Räumlichkeiten auch entsprechende Mitarbeitende, merkt sie an.

Die Volkshochschule sei eine wichtige Institution, sagt Stadtrat Prof. **von Stackelberg**. Er fragt, ob die Integrations- und Sprachkurse auch von weiteren Einrichtungen angeboten werden, da dies nicht eine originäre Aufgabe der VHS sei. Die Ausbildung zur sozialpädagogischen Assistenz sei der richtige Weg, auch aufgrund der Nähe zu den Sprachkursen. Einwandernde sollen möglichst schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die VHS habe zu den Sprachkursen noch weitere Angebote, merkt er an. Einem Rückgang der Angebote und der Teilnehmerzahl müsse, unabhängig von Corona, entgegengewirkt werden. Er spricht die problematische Personalsituation an. Hinsichtlich der Räumlichkeiten sehe er durchaus Potential, unter anderem in den Sitzungszimmern.

Der Spracherwerb, die Unterbringung, die Qualifikation und der Weg in Arbeit sei wichtig für eine schnelle Integration, merkt Stadtrat **Heer** an. Er geht von ausreichenden Räumlichkeiten aus, auch an Schulen und wünscht hier eine Verbesserung der Situation.

Heute seien nur zwei Bereiche vorgestellt worden, so Stadtrat **Müller**. Insgesamt gebe es 450 Kurse. Er fragt nach einer Gewichtung der Kurse und der Teilnehmenden. Zudem interessiert ihn, ob es für die Integrationskurse und die pädagogische Ausbildung Zuschüsse durch Bund und Land gebe und fragt weiter nach dem Kostendeckungsgrad der Kurse. Er wundert sich ebenso über den Raummangel.

Stadtrat **Meyer** geht auf die fehlenden Räumlichkeiten für die Integrationskurse ein. Stadt, Kreis und Jobcenter müssen ein Konzept erarbeiten, um die Konsequenzen aus den Änderungen auf Bundesebene umzusetzen. Geflüchtete und Einwandernde sollen schneller in Arbeit kommen. Er könne sich auch Unterricht und Job jeweils halbtags vorstellen, hierdurch könne sich der Raumbedarf ändern. Er erwartet eine Bereitschaft zur Kursteilnahme auch abends und am Wochenende. Räumlichkeiten bei Vereinen und Kirchen sollen ebenso einbezogen werden.

Stadträtin **Liepins** fragt nach der Wartezeit bei anderen Bildungsträgern.

EBMin **Schmetz** geht auf die Raumsituation ein. Man benötige montags bis freitags für fünf Stunden einen Raum. Für diesen Stundenblock gebe es an keiner Schule Ressourcen. Man stehe auch mit den Kirchen in Kontakt. Die Integrationskurse werden vom Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge finanziert. Hierfür müssen entsprechende Standards erfüllt werden, um regelmäßig eine Zertifizierung zu erhalten. Die VHS habe den Auftrag einen Schwerpunkt auf die Integrationskurse zu legen, zu den üblichen Kursen. Neben der VHS gebe es noch weitere Anbieter für Integrationskurse. Zusätzlich habe man die berufliche Begleitung bei der VHS aufgenommen. Weitere niederschwellige Angebote und Begegnungsmöglichkeiten, wie Sprechtreff, gebe es über das Angebot der VHS hinaus. Man stehe mit dem Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft im Austausch und werde demnächst mit einem Beschluss für Raumanmietungen ins Gremium kommen. Ludwigsburg habe Glück, dass die pädagogische Hochschule Deutsch als Fremdsprache anbiete und man könne dadurch viele Dozentinnen und Dozenten gewinnen. Die Wartezeit bis zum Kursbeginn könne nicht

über die VHS aufgefangen werden. Sobald die Stelle der Integrationsbeauftragten besetzt sei, können niederschwellige zusätzliche Angebote gemacht werden.

Sofern 4 Räume zusätzlich verfügbar seien, könnte die Wartezeit auf vier Wochen verkürzt werden, fügt die **Leiterin** der Volkshochschule Ludwigsburg hinzu. Sie habe in ihrem heutigen Vortrag einen Schwerpunkt auf die Integration gelegt. Die Anzahl der Kurse bestehe überwiegend aus anderen Fachgebieten. Deutschkurse gehören zur Kategorie Sprache und machen dort nur einen kleinen Anteil aus. Die Integrationskurse produzieren jedoch viele Unterrichtsstunden. Weiter geht sie auf die Finanzierung der Deutschkurse ein. Hier gebe es Einnahmeüberschüsse und man könne dadurch andere Bereiche querfinanzieren. 60% aller Integrationskurse in Deutschland werden von den Volkshochschulen übernommen. Man stehe im engen Austausch mit dem Jobcenter und der Arbeitsagentur sowie weiterer Bildungsträger und werde, sobald die Eckdaten bekannt sind, ein Konzept erstellen. Es gebe bereits berufsbegleitende Deutschkurse. Die Nachmittagskurse werden noch weiter ausgebaut. Die Vormittagskurse seien jedoch besser besucht, da die Kinderbetreuung gesichert sein müsse. Der Berechtigungsschein oder Verpflichtungsschein stellt das Bundesamt nicht für alle Herkunftsländer aus. Dieser sei Voraussetzung für die Teilnahme bei der VHS. Die Wartezeit bei anderen Bildungsträgern liege deutlich höher.

TOP 2

Reit- und Fahrverein Ludwigsburg-Oßweil e.V.
- Zuschuss zur Erneuerung des Reithallenbodens

Vorl.Nr. 171/23

Beschluss:

Der Reit- und Fahrverein Ludwigsburg-Oßweil e.V. erhält für die Erneuerung des Reithallenbodens bei anrechenbaren Kosten in Höhe von gerundet 21.000 € einen Zuschuss in Höhe von 50 % der Kosten, höchstens jedoch 10.500 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport geht auf die Vorlage ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** fragt nach der letzten Antragstellung.

Diese liege länger als 8 Jahre zurück, antwortet ein **Vereinsvertreter**.

Stadtrat **Müller** geht auf die künftig regelmäßigen Erneuerungen und den Austausch des Reitbodens ein und fragt, ob dies eine Investition sei und jeweils mit einer Antragstellung gerechnet werden müsse.

Man stehe hierzu im Austausch mit dem WLSB, eine Antwort stehe noch aus, antwortet eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport

Nach dieser kurzen Aussprache lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

TOP 3

Annahme von Spenden, Schenkungen u. ä.
Zuwendungen - Annahme von Einzelzuwendungen

Vorl.Nr. 291/23

Beschluss:

1. Die Zuwendung der Stiftung Jugendförderung, Arbeit und Soziales der Kreissparkasse Ludwigsburg in Höhe von 50.000 EUR, eingegangen am 11.09.2023, wird angenommen.
2. Die Schenkung vom Ludwigsburger Künstler Wolfgang Neumann im Gesamtwert von 25.000 EUR, eingegangen am 24.07.2023, wird angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag und auf eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

EBMin **Schmetz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

